

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2006/2018(BUD)

5.9.2006

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

für den Haushaltsausschuss

zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das
Haushaltsjahr 2007
(C6-0000/2006 – 2006/2018(BUD))

Verfasser der Stellungnahme: Gérard Deprez

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die Schaffung einer besonderen Unterrubrik für den „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ im Rahmen der neuen Interinstitutionellen Vereinbarung, der damit von den drei Organen als wirkliche politische und haushaltspolitische Priorität der Union anerkannt wird;
2. bekräftigt seine Bereitschaft, die neuen Rahmenprogramme und die in Betrieb befindlichen Agenturen mit den Mitteln auszustatten, die sie für die Ausführung der ihnen übertragenen Aufgaben benötigen; legt sich jedoch im Interesse einer verantwortungsvollen Haushaltsführung selbst die Beschränkung auf, den verfügbaren Spielraum nicht auszuschöpfen, um auf Notsituationen und unvorhersehbare Ausgaben reagieren zu können;
3. erinnert daran, dass die innere Sicherheit, insbesondere die Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität, eine der obersten Prioritäten der Union ist; beschließt in diesem Zusammenhang, die Mittel für EUROJUST, das einzige Organ der justiziellen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich des Strafrechts, dessen kontinuierlich zunehmende Wirksamkeit gestärkt werden muss, zu erhöhen; erinnert ferner daran, dass die Übernahme der Gastgeberschaft für eine Agentur ernsthafte Anstrengungen seitens des Gastlands zur Erleichterung ihrer Errichtung und Arbeitsweise erfordert; fordert die niederländischen Behörden auf, Eurojust dabei behilflich zu sein, sich in unmittelbarer Nähe des neuen Europol-Gebäudes niederzulassen und ihm hierfür eine beträchtliche finanzielle Unterstützung zu gewähren;
4. erinnert an seine wiederholt erhobene Forderung nach einer Vergemeinschaftung von Europol, um seine Wirksamkeit zu erhöhen und die demokratische und gerichtliche Kontrolle, der es unterworfen werden muss, zu verstärken;
5. ist der Ansicht, dass der integrierte Grenzschutz an den Außengrenzen der Union eines der Ziele ist, die zurzeit einer dringenden und verstärkten Unterstützung bedürfen; spricht sich daher für die Erhöhung der für den neuen Außengrenzenfonds vorgesehenen Mittel aus;
6. nimmt eine Aufstockung der für die Agentur FRONTEX vorgesehenen Mittel vor; fordert die polnische Regierung nachdrücklich auf, alles Erdenkliche zu unternehmen, um den Abschluss einer Vereinbarung zu Ende zu bringen, in der FRONTEX in Bezug auf seine Räumlichkeiten und seine Bediensteten in der Republik Polen ausdrücklich der Rechtsstatus einer Gemeinschaftsagentur zuerkannt wird; fordert die polnische Regierung auf, in ihrer Eigenschaft als Gastland die logistische und finanzielle Unterstützung für FRONTEX festzulegen;
7. erinnert daran, dass das neue Rahmenprogramm mit der Bezeichnung „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ sich nicht auf die Organisation einer besseren Kontrolle der Außengrenzen beschränkt, sondern das allgemeine Ziel verfolgt, die Aufnahme der Migrantenströme, die auf dem Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten ankommen, durch die

Mitgliedstaaten zu verbessern und diejenigen, die in dem jeweiligen Land bleiben dürfen, besser zu integrieren; beschließt in diesem Zusammenhang, die für den Europäischen Flüchtlingsfonds und den Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen vorgesehenen Mittel jeweils in einem der Erhöhung der Mittel des Außengrenzenfonds vergleichbaren Verhältnis aufzustocken;

8. bringt seine Bereitschaft zum Ausdruck, dafür zu sorgen, dass die neue Agentur für Grundrechte möglichst bald ihren Betrieb aufnehmen kann, und unterstützt die zu diesem Zweck von der Kommission vorgeschlagenen Mittelansätze;
9. äußert sich tief besorgt über den nicht nachlassenden Zustrom von Migranten im Mittelmeer (Malta, Lampedusa usw.) und auf den Kanarischen Inseln sowie über die Schwierigkeiten, denen sich die zuständigen Behörden gegenübersehen, um diesen Zustrom, was die Aufnahme, die Unterbringungskapazitäten, den Bedarf an Übersetzungsleistungen und die Gesundheitsversorgung betrifft, zu bewältigen; schlägt daher als vorbereitende Maßnahme vor der tatsächlichen Durchführung des Rahmenprogramms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ die Auflage eines Programms mit der Bezeichnung „REDISO“ – Aufnahme in Würde und Solidarität“ vor, aus dem die Maßnahmen finanziert werden sollen, die Anfang 2007 zu treffen sind, um die Aufnahmemitgliedstaaten bei der Befriedigung des dringendsten Bedarfs zu unterstützen; dieses neue Programm, das definitionsgemäß befristet sein wird, sollte mit 10 Millionen EUR ausgestattet werden;
10. schlägt die Einführung eines Pilotprojekts vor, das den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Behörden der europäischen Ballungsgebiete im Bereich der städtischen Sicherheit unterstützen soll, um insbesondere der Jugendkriminalität, durch die sich die europäischen Bürger in zunehmendem Maße belastigt fühlen, Einhalt zu gebieten.

VERFAHREN

Titel	Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2007
Verfahrensnummer	2006/2018(BUD)
Federführender Ausschuss	BUDG
Mitberatende(r) Ausschuss/Ausschüsse Datum der Bekanntgabe im Plenum	LIBE
Verstärkte Zusammenarbeit – Datum der Bekanntgabe im Plenum	
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Gérard Deprez 22.2.2006
Ersetzte(r) Verfasser(in) der Stellungnahme	
Prüfung im Ausschuss	20.6.2006 12.7.2006
Datum der Annahme	4.9.2006
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 39 -: 0 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Alexander Alvaro, Roberta Angelilli, Alfredo Antoniozzi, Edit Bauer, Johannes Blokland, Mihael Brejc, Giusto Catania, Carlos Coelho, Agustín Díaz de Mera García Consuegra, Kinga Gál, Elly de Groen-Kouwenhoven, Adeline Hazan, Timothy Kirkhope, Ewa Klamt, Wolfgang Kreissl-Dörfler, Barbara Kudrycka, Stavros Lambrinidis, Henrik Lax, Sarah Ludford, Antonio Masip Hidalgo, Claude Moraes, Martine Roure, Inger Segelström, Antonio Tajani, Ioannis Varvitsiotis, Manfred Weber, Stefano Zappalà und Tatjana Ždanoka.
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Marco Cappato, Panayiotis Demetriou, Gérard Deprez, Ignasi Guardans Cambó, Jeanine Hennis-Plasschaert, Sophia in 't Veld, Jean Lambert, Siiri Oviir, Hubert Pirker, Marie-Line Reynaud und Kyriacos Triantaphyllides.
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	
Anmerkungen (Angaben nur in einer Sprache verfügbar)	